

Hellenthal soll Armen helfen

Beim Kommunal-Soli wird Gemeinde zur Kasse gebeten

Von MICHAEL SCHWARZ

HELLENTHAL. Nun wissen wir es also: Die Gemeinde Hellenthal ist reich. So reich zumindest, dass die Gemeinde ruhig mal etwas Geld für die ganz armen Kommunen im Land Nordrhein-Westfalen bereitstellen könnte. Dieser Ansicht sei zumindest die NRW-Landesregierung, wie der für Hellenthal zuständige CDU-Landtagsabgeordnete Rolf Seel mitteilt. Denn im kommenden Jahr soll ein sogenannter Kommunal-Soli eingeführt werden, in den so "reiche" Kommunen wie Hellenthal 2014 insgesamt 195 Millionen Euro und bis 2020 1,3 Milliarden Euro einzahlen sollen, um die ganz armen und im Stärkungspakt befindlichen Städte und Gemeinden wieder aufzupäppeln.

Gemeinde soll halbe Million zahlen

Hellenthal, die einzige Kommune im Kreis Euskirchen, die um die Solidarität "gebeten" wird, ist laut Seel mit 502 984 Euro im kommenden Jahr dabei. Doch wie kommt das Land ausgerechnet auf Hellenthal? Weil die Gemeinde nach den Berechnungen des Landes seinen Bedarf mit den eigenen Steuereinnahmen decken könne, so das Land. Aus diesem Grund hat Hellenthal in diesem Jahr auch auf Schlüsselzuweisungen vom Land verzichten müssen. Hellenthals Kämmerer Paul-Joachim Schmüling weiß nicht, ob er lachen oder weinen soll. Denn die Art und Weise wie das Land den Bedarf der Gemeinde berechne, macht ihn zuweilen sauer. Denn die Steuereinnahmen - zum ganz großen Teil vom Gewerbe entrichtet - schwankten von Jahr zu Jahr erheblich. Und so reagierte Schmüling gestern auch mit einem Hauch Sarkasmus: "Das ist ja schön, dass wir reich sind - und das bei einem Haushaltsdefizit von acht Millionen Euro." Auch Rolf Seel sieht den Kommunal-Soli als "schwere Belastung" für die Gemeinde. In einer Pressekonferenz hat der kommunalpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, André Kuper, am Dienstag erklärt: "Der sogenannte Stärkungspakt ist in Wahrheit ein Schwächungspakt."

Von 89 Kommunen, die den Soli zahlen sollen, könnten nur acht einen ausgeglichenen Haushalt aufweisen. Besonders deutlich werde die Schwäche des Stärkungspakts, wenn man bedenke, dass die Stadt Korschenbroich drei Millionen, die Stadt Engelskirchen 395 000 Euro, die Stadt Burscheid 635 000 Euro und die Stadt Sprockhövel 1,7 Millionen Euro für den Stärkungspakt zahlen soll. Denn alle vier Kommunen befinden sich selbst im Stärkungspakt, für den sie nun Soli entrichten sollen.